



Diabetesteam besucht Gesundheitsminister

Gemeinsame Forderungen der Verbände für die Nationale Diabetesstrategie

BERLIN. 2019 könnte es mit der Diabetesstrategie für Deutschland vorangehen, ist aus Kreisen der Großen Koalition zu hören. DDG, diabetesDE und VDBD haben ihre Vorschläge dazu bereits aufgeschrieben und die Gesundheitsministerien der Länder wegen Gesprächsterminen kontaktiert.

In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und SPD eine Nationale Diabetesstrategie vereinbart. Ende Februar kündigte LUTZ STROPPE, damals noch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, bei einer Diabetesfachveranstaltung in Berlin an: „Die Diabetesstrategie sollte bis Ende 2019 stehen.“ Ein Startschuss!

Nationalen Rahmenplan mit Eckpunkten festlegen

Begrüßt wird die Ankündigung von der DDG, diabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe sowie vom Verband der Diabetesberatungs- und Schulungsberufe (VDBD). Sie weisen allerdings darauf hin, dass noch Unklarheiten und Abstimmungs-

Strategie müsse es einen nationalen Rahmenplan geben, betonen sie. Dieser sollte die Eckpunkte für eine einheitliche Versorgung und ein einheitliches Monitoring enthalten sowie den Bundesländern eine Orientierung für deren eigene Maßnahmen bieten. „Finanzmittel zur Umsetzung müssen in den Haushalten von Bund und Ländern budgetiert sein“, erinnern die drei Verbände. Sie erwarten, dass ihre medizinische Fach- bzw. Betroffenkompetenz in einem noch zu installierenden Steuerungsgremium zum Tragen kommen kann.

Um Schwung in die Diskussion zu bringen, haben die Geschäftsführerinnen der drei Organisationen – BARBARA BITZER, NICOLE MATTIG-

1. SICHERSTELLUNG EINER FLÄCHENDECKENDEN, QUALITATIV HOCHWERTIGEN VERSORGUNG

- stärkere Verankerung der Diabetologie im Medizinstudium
- Ausbau diabetologisch-endokrinologischer Lehrstühle
- Sicherung eigenständiger diabetologisch geführter Fachabteilungen in den Kliniken
- homogene Umsetzung der „Zusatzweiterbildung Diabetologie“
- Integration von Ernährungsberatung und Bewegung als Therapiebausteine in die Regelversorgung
- keine Fehlanreize für chronisch kranke Patienten
- Patientenberichtete Endpunkte müssen therapierelevant werden
- bundesweite Anerkennung DDG-qualifizierter diabetesspezifischer Weiterbildungen von Gesundheitsfachberufen
- adäquate Vergütung der „Sprechenden Medizin“
- Aufbau eines Diabetes-Registers, Ausbau der Versorgungsforschung
- adäquate personelle Ausstattung von Kinderkliniken
- adäquate Rahmenbedingungen für Diabetesberaterinnen und -assistentinnen (auch als selbstständig bzw. freiberuflich Tätige)
- flächendeckender Netzausbau und zügige Umsetzung des E-Health-Gesetzes für telemedizinische Versorgungsangebote

2. STÄRKUNG DER FORSCHUNG

- erweiterte Förderung des Deutschen Zentrums für Diabetesforschung
- Förderung klinischer Studien und der translationalen Forschung
- Rechtssichere Nutzung der Chancen von Big Data

3. FRÜHERKENNUNG DES DIABETES

- Ausbau der Maßnahmen zur Früherkennung für alle Formen des Diabetes
- verbindliche Aufklärung über Diabetes in Vorsorgeuntersuchungen

Treffen noch vor der Sommerpause. Und zwar zwischen der Gesundheitsministerin bzw. dem -minister

bedarf hinsichtlich der Bund-Länder-Koordinierung und der Inhalte bestehen. Für die Umsetzung der

EABIAN und Dr. GOTTSLOBE FABISCH – zusammen die Gesundheitsministerien der Bundesländer angeschrieben.

Verbändeteam kommt gern ins Ministerium

Zum einen stellen sie das gemeinsame Positionspapier mit ihren Forderungen an die Diabetesstrategie vor (siehe Kästen 1 bis 4). Zum ändern bitten sie um persönliche

»Kompetenz der Verbände einbeziehen«



des Bundeslandes und einem regionalen Verbändeteam, bestehend aus je einem Vertreter der Diabetologen, Diabetesberater und Patienten. Gemeinsam will man die Kernpunkte für den nationalen Rahmenplan erörtern.

Das Positionspapier von DDG, diabetesDE und VDBD:

bit.ly/Rahmenplan



4. WECHSEL VON DER VERHALTENS- ZUR VERHÄLTNISPRÄVENTION

- Mehrwertsteuerbefreiung für gesunde und Anhebung des MwSt.-Satzes für ungesunde Lebensmittel
- verbindliche Standards für Kita- und Schulessen
- klare, verständliche Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln
- Verbot von an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel
- tägliches Sport- und Bewegungsangebot in der Schule



Fotos: 5second – stock.adobe.com